

Bauvorhaben Marchwitzstraße 29 – 31

Berlin, im September 2018

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben hat die Fraktion der AfD in die Bezirksverordnetenversammlung am 23. August 2018 eine Große Anfrage eingebracht. Wir möchten Sie auf diesem Wege über unsere Fragen und die Antworten der Bezirksbürgermeisterin Pohle informieren:



1. Welche Pläne bestehen für das Grundstück Marchwitzastr. 29-31 und ist der Eigentümerwechsel bereits erfolgt?

In Übereinstimmung mit der Konsumgenossenschaft möchte der Erwerber Wohnungen auf dem 8300 m² großen Grundstück errichten. Der Kaufvertrag wurde bereits abgeschlossen. Dem Bezirksamt ist nicht bekannt, wann der Nutzen- und Lastenwechsel erfolgte. Das Bezirksamt hat nach Ankündigung der Kündigung der bestehenden Mietverträge zum 31.12.2018 Kontakt mit dem Konsum aufgenommen. Bisher gibt es keine Bauvoranfrage und ein Baubescheid liegt nicht vor. Die bisher vorgelegten Pläne des Investors fanden keine Zustimmung des Bezirksamtes.

2. Welche Position bezieht das Bezirksamt zu dem Bauvorhaben im Zusammenhang mit der weiteren wohnortnahen Versorgung der Anwohner?

Das Bezirksamt sieht den Wegfall der ärztlichen Versorgung am Standort als problematisch an, auch wenn in der Nähe am Helene-Weigel-Platz andere Arztsitze bestehen. In diesem Sinne wurde sowohl der Konsum, als auch der Investor auf diese Probleme aufmerksam gemacht und eingefordert, dass alles unternommen wird damit die Arztsitze am Standort nicht wegfallen. Die Bürgermeisterin sieht ein Umdenken in dieser Frage beim Konsum und die Suche nach Lösungen durch den Investor.

3. Sieht das Bezirksamt eine Möglichkeit, das Dienstleistungsgebäude Marchwitzastr. 31 im Interesse der medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu erhalten und den Abriss zu versagen?

Rechtlich gibt es keine Möglichkeit für das Bezirksamt, gegen den Abriss von Gewerberäumen durch den Eigentümer vorzugehen. In einem Gespräch beim Stadtentwicklungsamt hat der Investor die Hinweise des Bezirksamtes aufgenommen und stellt Überlegungen an, den Bauablauf so gestalten, dass keine Übergangslücke für die gewerblichen Nutzer besteht und diese vor dem Abriss des bestehenden Gebäudes in ein neu errichtetes Gebäude umziehen können.

4. Welche Möglichkeiten bestehen aus der Sicht des Bezirksamtes für eine vorübergehende oder auch dauerhafte Versorgung der Betroffenen mit geeigneten Gewerberäumen in der Nähe?

An der Südspitze gibt es keine Ersatzräume für die gewerbliche Nutzung. Aus diesem Grunde unterstützt das Bezirksamt die Überlegungen des Investors, welche zu einem reibungslosem Umzug der Nutzer in ein neu errichtetes Gebäude führen sollen. Auch für den Einzelhandelsstandort soll eine andere Lösung gefunden werden. Dazu gab es Gespräche mit dem Konsum.

5. Wann erfolgt durch das Bezirksamt eine Informationsveranstaltung für die Betroffenen und die

Anwohner?

Eine Informationsveranstaltung für die Betroffenen und Anwohner ist erst sinnvoll, wenn über die Ergebnisse der aktuellen Gespräche informiert werden kann, der Bauvorbescheid vorliegt und die Sicherheit besteht, dass sich der Bauträger an die Verabredung halten wird. Das Bezirksamt wird diese Informationsveranstaltung demnach nicht vor Mitte oder Ende Oktober durchführen.

Wir hoffen, Ihnen durch diese Information den aktuellen Sachstand vermittelt zu haben und freuen uns über Ihre Informationen und Fragen!

Mit freundlichen Grüßen



die Fraktion der AfD in der BVV
Marzahn-Hellersdorf

Telefon: 030 90293 5832

email@afd-fraktion-mahe.de